

Ehepaar wurde...
...bei Aus-
...scheiden
...vier Frauen

...In dem
...aus noch nicht
...die das Haus
...menschen. In
...stimmert. Die
...geschleudert,
...getötet. Eine
...ihre Schwere-
...hervor-
...verletzte Mann
...Der Besitzer des
...haben den Tod
...standen zu sein,
...ausströmte,
...Der Sohn des

...vier Pyrami-
...drücke von vier
...mit etwa neun

...Durst dreizehn
...Bier hatte be-
...22. März dem
...das Gefäß zu
...niedrige Alko-
...auf 3,2 v. H.
...Bier, allerdings
...mit 3,2 v. H.
...amerikanischer
...fer" dar. Man
...brauch bringen,
...em Wasser ver-
...ist. Uebrigens
...den größten)
...rigen noch be-
...erfreiheit" tritt
...in werden. Das
...offen, während
...musste. — Zum
...der Münzner,
...etwa 3,63, der
...H. beträgt.
...einen Feldzug
...einklein.

...22. März 1933
...um 3,1 v. H.

...trüchtige Ruhe
...Sielmingen
...Kleinloch 90

...22. — Blau-
...27-37, Milch-
...20, Bäcker 25
...Milchweine
...6-22. — Man-
...line 13-27. —
...Milchweine
...Kottweil: Milch-
...20. — Tüb-
...Häufigen a. E.:
...a. Dr.: Saug-
...Milchweine 15
...er 40. — Ra-
...8-24. — Stef-
...ine 12-21
...ichte 9:20-10:50,
...Kesseln 55. —
...10. — Giengen
...40, Gerste 8:40
...20. — Tübingen:
...Häufigen 12-13,
...Häufigen: Weizen
...aber 6:30-7. —
...aber 6:30-8:50,
...Weizen 10-11:20,
...er 6:70-9:20,
...Weizen 10:55
...aber 6:30-7:35,
...1:75, Saatgerste
...er 8:30-10:00,
...Weizen 10:30 bis
...Haber 6-6:50
...Weizen 10-11,
...Kernen 10:50,
...müht. Staats-
...den für Rodel-
...Lannen 40-53,
...Grundpreise. Die
...und 83 Proz.
...Häufigen

...22. März 1933 in
...Landesamts
...unter 8 Wochen
...bis 1/2 Jahr
...bis 1 Jahr
...bühliche Zuschüsse
...ne 2615 (5954),
...98 486), 1 Jahr
...alte und ältere
...1 Jahr alte
...n 1 Jahr alte
...a n d 602 074
...zahlen bestehen

...22. März 1933 in
...Landesamts
...unter 8 Wochen
...bis 1/2 Jahr
...bis 1 Jahr
...bühliche Zuschüsse
...ne 2615 (5954),
...98 486), 1 Jahr
...alte und ältere
...1 Jahr alte
...n 1 Jahr alte
...a n d 602 074
...zahlen bestehen

...22. März 1933 in

...Landesamts
...unter 8 Wochen
...bis 1/2 Jahr
...bis 1 Jahr
...bühliche Zuschüsse
...ne 2615 (5954),
...98 486), 1 Jahr
...alte und ältere
...1 Jahr alte
...n 1 Jahr alte
...a n d 602 074
...zahlen bestehen

...22. März 1933 in

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Freierlusten“ „Unsere Heimat“, „Die Wode vom Lager“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt beim Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Postzustellgebühr, zusätzl. 56 Pfg. Beleggeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftst. Druck und Verlag: O. W. Zoller (Joh. H. Zoller), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Bergz. Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Restemenge 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telef. Aufträge und Abdruck-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. No. Stuttgart 6118

Nr. 74

Gez.ündet 1827

Mittwoch, den 29. März 1933

Preisprophet S. 423.

107. Jahrgang

Entwaffnung des Stahlhelms in Braunschweig

Braunschweig, 28. März. Der braunschweigische Innenminister Klages teilt amtlich mit:

Der Stahlhelm, Ortsgruppe Braunschweig, nahm seit Tagen ganze Scharen neuer Mitglieder aus den aufgelösten und niedergelegenen marxistischen Organisationen auf. Gestern nahm diese Eintrittsbewegung Massencharakter an. Hunderte ehemalige Reichsbannermitglieder, Sozialdemokraten und Kommunisten zogen z. T. in geschlossenen Abteilungen und unter Bedeckung durch Stahlhelm-Hilfspolizei zum Wochlokal des Stahlhelms in dem Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Fortgesetzt wurde Freiheit, Frontheil und Kol-Front gerufen. Vor dem Haus und in den anliegenden Straßen sammelte sich eine erregte Menge von Kommunisten und Sozialdemokraten, aus deren Mitte drohende Rufe gegen Adolf Hitler und gegen die NSDAP laut wurden. Unter Duldung des Stahlhelms nahm der rote Mob, der seit Wochen sich nicht mehr aus seinen Schlafwinkeln herausgewagt hatte, eine drohende Haltung gegen Nationalsozialisten und Hitlerjungen ein. Es kam sogar zu Mißhandlungen von Hitlerjungen durch Stahlhelmer. Infolge dieser unerhörten Haltung des Stahlhelms, durch die der Erfolg der nationalen Erhebung in Braunschweig gefährdet wurde, bemühte sich der nationale Bevölkerung der Stadt eine unbeschreibliche Erregung. Minister Klages sah sich sehr gezwungen einzugreifen. Schutzpolizei wurde unter Führung des Kommandeurs zur Ueberholung der Krankenkasse eingeteilt, während SA und SS. Plätze und Straßen in der Umgebung absperren und färberten. Die Stahlhelm-Hilfspolizei wurde entwaffnet, Hunderte von Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhielten, namentlich feigegeißelt und ganze Pakete von ausgefüllten Anmeldebüchern beschlagnahmt. Unter den höhergestellten Papieren befanden sich Mitgliederlisten geschlossener Schupo-Formationen, Reichsbannermitgliedsbücher und weiteres belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß die Stahlhelmführer bewußt die Marxisten in ihrer Organisation sammelten. Es ist ferner festgestellt, daß die Schupo-Abteilungen auf Befehl und Veranlassung an den Stahlhelm herangezogen sind, um auf diese Weise den Kampf gegen NSDAP und die nationale Erhebung führen zu können. Mehrere im Haus befindliche Stahlhelmführer wurden wegen des Verdachts, eine gegenrevolutionäre Bewegung vorbereitet zu haben, in Haft genommen.

Unter den verhafteten Stahlhelmen befinden sich zahlreiche Stahlhelmführer, u. a. Landesführer Nowak, Rechtsanwalt Elsmann, Dr. Spillner und Ingenieur Seidel. Unter den verhafteten Marxisten befindet sich der Reichsbannerführer Heder mann, der bereits zugegeben hat, mit dem Stahlhelm Verhandlungen über einen geschlossenen Eintritt seiner verbotenen Organisationen in den Stahlhelm geführt zu haben.

Ueber die Absichten, die die Stahlhelmführer mit ihrer ganzen Aktion verfolgten, besteht zurzeit noch keine Klarheit. Als die Stahlhelm-Hilfspolizisten sahen, daß sie entwaffnet und verhaftet werden sollten, haben sie z. T. ihre Gewehre, mit denen sie ausgerüstet waren, zerbrochen. Der Polizeiminister hat noch im Lauf der Nacht die Landespolizeibehörden angewiesen, dem Stahlhelm das Recht zu nehmen, Hilfspolizisten zu stellen. Die im Land Braunschweig vorhandenen Stahlhelmhilfspolizisten sollten entwaffnet und ihnen die Ausweise abgenommen werden.

Der Stahlhelm in Braunschweig aufgelöst

Braunschweig, 28. März. Der braunschweigische Innenminister läßt folgende Verfügung veröffentlichen: Nach mir vorliegenden Meldungen hat der Stahlhelm im ganzen Lande Braunschweig planmäßig in Massen Mitglieder marxistischer Organisationen aufgenommen, selbst ganze Ortsgruppen des Reichsbanners und der SPD. sind auf Grund von Verhandlungen und Beratungen geschlossen übergetreten. Der Weiterbestand dieser nunmehr vorwiegend marxistischen Organisationen würde eine schwere Gefahr für den Erfolg der nationalen Erhebung bedeuten. Ich löse daher den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten und alle seine Nebenorganisationen im Freistaat Braunschweig mit sofortiger Wirkung auf. Klages.

Der Führer des Landesverbands Braunschweig des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Studienrat Schrader (Wollenbüttel) ist in den ersten Morgenstunden des Dienstags festgenommen worden.

Im übrigen ist das Vorgehen ruhig verlaufen und auch die Bevölkerung hat sich wieder beruhigt. Am Dienstag morgen gegen 8 Uhr wurden die verhafteten 200 Stahlhelmer zur Verpflegung nach der Postkammerkaserne gebracht, um später wieder zum Krankentafelgebäude zurücktransportiert zu werden. Anschließend wurden in verschiedenen Abteilungen die übrigen rund 1150 Inhaftierten zur Verpflegung abtransportiert. Die Verpflegung der 1350 Mann machte erhebliche Schwierigkeiten und mehrere ältere Männer, die den Anstrengungen der durchwachten Nacht nicht gewachsen waren, mußten von Sanitätern in Behandlung genommen

werden. Auf dem Dach des Gebäudes sind inzwischen eine schwarz-weiß-rote und die alte Kriegsfahne gesetzt worden, während von der Vorderfront des Gebäudes eine riesige Hakenkreuzfahne weht.

Zu den Vorgängen schreibt die „Braunschweigische Landeszeitung“ halbamtlich u. a.: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so sind wir gestern in Braunschweig mit trauerndem Mut und in letzter Stunde einer blutigen Katastrophe entronnen. Hunderte von Marxisten, die sich bereits als Stahlhelmer wähnten, hatten sich bewaffnet und es verheißt sich von selbst, daß sie noch in der Nacht zum Dienstag im ganzen Bereich der Landeshauptstadt in der Maske von Stahlhelmen einzelne Aktionen gegen Nationalsozialisten und Deutschnationale unternommen hätten. An den fünf Fingern kann man es sich abmessen, was diese Zusammenrottung verblitteter Marxisten für Folgen gehabt hätte. Mitten in den ruhigen und erbebenden Ablauf der nationalen Revolution pläht dieses grüne Abenteuer, das heute in ganz Deutschland Abscheu und Ekel auslösen wird. Die Verantwortlichen sollen die ganze Schwere einer strengen Strafe zu spüren bekommen. Diese Forderung wird vor allem jeder aufrechte Stahlhelmmann zu seiner Sache machen, auf daß der schändliche Frontsoldatenruf „Frontheil“, den gestern in kurzer Stunde der Verwirrung und Berührung marxistischer Janhagel ausrief, wieder zu Ehren komme.

Seldte über die Vorfälle in Braunschweig

Berlin, 27. März. Reichsminister Seldte erklärte zu den Vorfällen in Braunschweig, daß er noch keine genaue Kenntnis davon habe. In letzter Zeit habe sich ein außerordentlich starker Ansturm zu den nationalen Verbänden bemerkbar gemacht. Der im Reichstag vom Reichsanwalt geäußerte Wunsch, er wolle alle Volksgenossen langsam für sich gewinnen, habe natürlich zur Folge, daß die Leute heute verstanden, in die nationalen Verbände hereinzutreten. Beim Stahlhelm gehe das im Sturm, und um nicht die Ueberflucht zu verlieren, habe man allerorts abgedämmt. Die Auswahl unter den Reuanmeldungen erfordere natürlich einen starken Laich des betreffenden Führers. Er habe das Gefühl, daß der Braunschweiger Stahlhelmführer, der übrigens in Wollenbüttel sitze, mit diesen Vorfällen nichts zu tun habe. Er kenne ihn seit langem als zuverlässigen Mann. Sollten die Vorfälle sich so abgespielt haben, wie die ersten Meldungen berichten, dann würde er, der Minister, morgen sofort drei Kommissare nach Braunschweig schicken, um dort reinen Tisch zu machen. Es seien bereits vorher, also unabhängig von den Braunschweiger Vorfällen, die Stahlhelmführer zu einer Besprechung für kommenden Samstag nach Berlin geladen worden, um über die künftige Handhabung von Reuanstellungen Klarheit zu schaffen.

Reichsarbeitsminister Franz Seldte hat seinen persönlichen Adjutanten und bisherigen Chef des Stahlhelm-Bundesamts, Gruppe Magdeburg, Hauptmann a. D. Bendjania, mit sofortiger Wirkung als Chef seines Stahlhelmbüros nach Berlin berufen.

Berliner Besprechungen über Braunschweig

Während des Vormittags waren innerhalb der Reichsregierung Besprechungen über die Braunschweiger Ereignisse im Gange. Reichsminister Seldte hat als erster Bundesführer des Stahlhelms die Untersuchung der Vorgänge selbst in die Hand genommen. Er hat sich bereits heute früh von einem führenden Mitglied des Braunschweiger Landesverbands Bericht erstatten lassen und hatte dann eine längere Besprechung mit Reichsminister Göring. Da es sich um eine Ländermaßnahme handelt, die in das Ressort des Reichsinnenministers gehört, ist auch Dr. Fried an der Klärung der Dinge maßgebend beteiligt. In politischen Kreisen nimmt man an, daß im Lauf des Tages auch die Bundesleitung des Stahlhelms sich zu den Vorgängen äußern wird. Die Rückkehr des Reichsanwalters aus München ist verschoben worden; er wird aber bis zur Kabinettsitzung, die für Mittwochnachmittag 12 Uhr angesetzt ist, wieder in der Reichshauptstadt eintreffen.

Seldte in Braunschweig

Berlin, 28. März. Im Anschluß an seine Besprechung mit dem Reichsminister Göring ist Minister Seldte nach Braunschweig abgereist, um die Vorfälle an Ort und Stelle zu prüfen und bezulegen, nachdem eine Einigung zwischen den Ministern herbeigeführt war. Auch die Ortsgruppe Braunschweig des Stahlhelms hatte bisher Reuannahmen noch gar nicht vorgenommen. Allerdings meldeten sich in den letzten Tagen zahlreiche Leute zur Aufnahme. Diese werden aber, wie die Leitung des Stahlhelms betont, vor der Aufnahme stets wachsam auf das genaueste geprüft. Die Vorgänge, die zu den Zusammenstößen in Braunschweig führten, haben sich nach der Darstellung des Stahlhelms so abgespielt, daß abends nach Schluß der Arbeit etwa um sechs

Uhr 1100 Leute sich vor dem Lokal des Stahlhelms in Braunschweig ansammelten, um ihren Beitritt zum Stahlhelm anzumelden. Da die Entgegennahme der Meldungen naturgemäß längere Zeit in Anspruch nahm, so wurden die Wartenden von Stahlhelmlenten auf der Straße in zwei Gliedern aufgestellt, damit die Ordnung nicht gestört würde. Die um Ausnahme nachsuchenden seien jedoch nicht in geschlossenem Zug heranmarschiert. Im übrigen bedauert der Stahlhelm aufs lebhafteste den Sturm der SA auf die Untertunft der Stahlhelm-Hilfspolizei, der mit der Entwaffnung der Stahlhelmer endete. Es wird betont, der Bund der Frontsoldaten werde sich seine Selbstständigkeit in der Befassung seiner eigenen inneren Verhältnisse nicht nehmen lassen.

Der Reichskommissar für Sachsen, von Millinger, hat die Verbreitung von Nachrichten über die Braunschweiger Vorgänge in Dresden verboten. Dieses Verbot ist inzwischen zurückgezogen worden.

Stahlhelm und NSDAP

Berlin, 28. März. Anlässlich einer Kundgebung des Stahlhelms in Kendsburg (Schleswig) sprach der Landesführer, Oberst Tillmann, auch über das Verhältnis zwischen Stahlhelm und NSDAP, über das vielfach unwahre Gerüchte verbreitet würden. Er führte, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, aus: Ich bin befugt, den Inhalt eines Schreibens bekanntzugeben, das gestern in meinen Besitz gelangt ist. Reichsminister Göring, ein Kamerad von uns, ein Mann, der genau weiß, was er will, ein Mann von Charakter, Ehre und Zuverlässigkeit, hat erklärt, daß es eine seiner wichtigsten Aufgaben sei, das Verhältnis zwischen der NSDAP und dem Stahlhelm so kameradschaftlich wie möglich zu gestalten. Er hat mir gesagt, daß man sich nicht wundern möchte, wenn dieser Wille sich nur langsam bis in die letzten Zellen durchsetze, denn solche Dinge dauern immer eine gewisse Zeit, aber eintreten werde diese enge Kameradschaft zwischen den beiden Bänden — die notwendig sei, um zum Ziel zu gelangen.

Mitteilung des Stahlhelmbundesamts

Halle, 28. März. Von Seiten des Stahlhelmbundesamts in Berlin wird mitgeteilt, daß eine geschlossene Aufnahme von roten Verbänden in den Stahlhelm Braunschweig nicht vorgenommen worden sei. Allerdings seien solche Verbände in geschlossenem Zug zwecks Aufnahme zum Verbändbüro des Stahlhelms gezogen. Etwas gegen die Reichsregierung gerichtete Rufe aus diesem Zuge fallen also nicht dem Stahlhelm zur Last. Eine „Verschwörung“ des braunschweigischen Stahlhelms gegen die Regierung, insbesondere gegen den Reichsanwalt, komme unter keinen Umständen in Frage. Der Bund habe Aufnahme geschlossener Verbände schon vor Wochen verboten und für Eingelaufnahmen äußerste Vorsicht und längere Probezeit angeordnet.

Untersuchung der Vorgänge

Berlin, 28. März. Zu den Braunschweiger Vorgängen wird im Reichsinnenministerium erklärt, daß das Reich sich mit der Angelegenheit nicht befassen könne, denn für die Auflösung von Verbänden seien die Landesregierungen zuständig. Nach dieser Verordnung gibt es auch gegen Aufstösse oder sonstiges Einschleichen der Verbände für die Verbände kein Verbot. Die Angelegenheit wird also vom Stahlhelm selbst in Ordnung gebracht werden müssen.

In den Kreisen der NSDAP und der SA besteht die Auffassung, von links werde lebhaft versucht, die nationalen Verbände von innen her zu zerlegen und sie gegen einander zu hegen. Wenn jetzt zum erstenmal der geschlossene Uebertritt von Organisationen der Offiziere front zum Stahlhelm beobachtet worden sei, so sei diese Aktion natürlich durch Eingeleitungen vorbereitet gewesen. Nachdem der Charakter dieser Zerlegung durch Späher einmal klar erkannt sei, dürfte die Angelegenheit damit erledigt sein und weitere derartige Zerlegungsmanöver dürften unwirksam bleiben.

In Berliner politischen Kreisen erwartet man, daß nach einer Umorganisation des Braunschweiger Stahlhelms das Verbot des Stahlhelms wieder aufgehoben wird.

Zusammenstöße bei der Besetzung des Krankentafelgebäudes

Braunschweig, 28. März. Bei der Besetzung des Krankentafelgebäudes kam es zu Zusammenstößen zwischen den Schutzpolizisten und den Anassen des Hauses, wobei es 21 Verletzte gab. Einer der Verletzten hat einen Bauchschuß erlitten.

Betont wird, daß die Schutzpolizei, als sie mit zwei Hundertschaften das Gebäude besetzte feststellte, daß auf dem

Tagespiegel

Der Herr Reichspräsident hat Dr. Greke von dem Amt als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung entbunden.

Entgegen anderslautenden Gerüchten erfährt das Nachrichtenbüro des VdZ, daß der ehemalige Kaiser nicht beabsichtigt, nach Deutschland zurückzukehren.

Die Fuldaer Bischofskonferenz erließ eine Kundgebung über die Stellung zur nationalsozialistischen Bewegung. Im Hinblick auf die Erklärungen Hillers glaubt der Episkopat, daß die allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr notwendig sind.

Das Verbot der sozialdemokratischen Presse in Preußen ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

Nachdem durch Erlass des kommissarischen Innenministers vom 20. März in Preußen Vertreter der kommunistischen Partei von den Sitzungen der Gemeindeverwaltungen ausgeschlossen worden sind, hat der Reichskommissar, Bizjakovic v. Papen, die Ladung dieser Vertreter zu den Sitzungen unterlagert.

Der Reichskommissar von Sachsen hat angeordnet, daß der 1. Mai 1933 nicht mehr als allgemeiner Feiertag beantragen wird. Sachsen war das letzte Land, wo der 1. Mai noch Feiertag war.

In der Abwehr der Greuelhege durch die NSDAP. sind am Dienstag in Schwerin an der Warthe sämtliche jüdischen Geschäfte und die Geschäftsstelle des „Schweriner Kreisblatt“ geschlossen worden. Die Angestelltengehälter mußten auf zwei Monate vorausbezahlt werden. In Oberschlesien wurden vor den jüdischen Geschäften Posten aufgestellt, die das Publikum ermahnten, nicht in jüdischen Geschäften zu kaufen.

Viele Warenhäuser, Einzelpreisgeschäfte und sonstige jüdische Geschäfte in Essen haben gestern vorläufig geschlossen. Zu gleichen Maßnahmen kam es in Duisburg und Hamborn.

Der frühere österreichische Justizminister Dr. Slama ist der NSDAP beigetreten.

Der Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz hat sich bis 25. April vertagt.

Die französische Kammer hat gemäß einem Antrag des Ministerpräsidenten Daladier die Vertagung einer Großen Anfrage der Rechten über die Außenpolitik auf unbestimmte Zeit mit 369 gegen 212 Stimmen beschlossen.

Das des Ortskrankenkassengebäudes zahlreiche Leute mit dem Gewehr im Anschlag lagen. Es stellte sich heraus, daß einige dieser Personen frühere Schußwunde und Kommunisten waren. Ueber den Koppeln, die zum Teil auf dem Schloß Sichel und Hammer trugen, hatten die Leute Stahlhelme gezogen.

Im Verlauf des Vorgehens gegen den Stahlhelm ist Dienstag früh auch der politische Referent des Landesverbandes des Stahlhelm, K r e m p e l, in Schutzhaft genommen worden. Minister Klagges hatte sich noch während der Nacht mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt. Es wird angenommen, daß die zu erwartenden Maßnahmen im Einklang mit der Reichsregierung erfolgen.

35 Reichsbannerleute, die sich in Regenborn bei Holzminden zum Stahlhelm gemeldet hatten, bekundeten bei ihrer Vereinerung übereinstimmend, nur deshalb in den Stahlhelm eingetreten zu sein, um dort ihre Reichsbannerinteressen geltend machen zu können. Angeblich soll bei den Reichsbanner- und SPD-Leuten der Plan bestanden haben, das Regierungsgebäude und das Volksfreundhaus zu besetzen und dann eine Aktion gegen die Führer der NSDAP zu unternehmen. Nur der Tatsache, daß der braunschweigische Innenminister sofort energische Maßnahmen eingeleitet habe, sei es nach Mitteilung von unterrichteter Seite zu danken, daß die Nacht zum Dienstag äußerlich ruhig verlaufen und die ganze anscheinend gegenrevolutionäre Bewegung im Keim erstickt worden sei. Nur die wenigsten Stahlhelmer seien sich über die Ziele der Aufnahme im klaren gewesen.

Neue Nachrichten

Der Kronprinz gegen Greuelhege

Berlin, 28. März. Der frühere Kronprinz hat an den amerikanischen Schriftsteller Bierck einen Brief gerichtet, in dem er sich mit Nachdruck gegen die im Ausland geübte Greuelhege wendet. Es bleibt mir, heißt es in dem Schreiben, unbegreiflich, daß das ausländische Publikum, nachdem es sich erst vor wenigen Jahren davon überzeugen konnte, wie sehr es während des Weltkriegs in bezug auf Deutschland belogen worden ist, erneut einer derartig blinden Psychose verfallen kann. Wir bemühen uns hier in Deutschland ebenso wie Sie in den Vereinigten Staaten darum, aus dem Gland, in welches die vöndländische Welt in den Nachkriegsjahren verurteilt ist, zu neuem Wohlstand, zu Frieden und frischer Kraft zurückzuführen. Jedes Volk tut dies seinem eigenen Charakter und seinen Bedingungen gemäß. Den Weg des anderen mit Mitleid, Verleumdungen und Schmutz zu bewachen, ist nicht fair. Ich kann nur wünschen, daß sich in Amerika die gebildeten und verantwortungsbewußten Kreise dieser Einsicht nicht verschließen.

Die englischen Blätter sind, mit Ausnahme des sozialistischen „Daily Herald“, in ihren Greuelberichten bereits zurückhaltender geworden.

Jüdischer Protest

Berlin, 28. März. Der jüdische „Deutsche Vorposten“ wendet sich in einer Erklärung dagegen, daß Ostjuden und angebliche deutsche Juden der Linksparteien, die aus Deutschland geschüchter sind, es wagen, eine grenzenlose Hege gegen Deutschland zu betreiben. Die nationalen Juden in Deutschland verwahren sich gegen solche Verunglimpfungen.

Kundgebungen der polnischen Juden

Warschau, 28. März. Die Juden haben gestern abend Kundgebungen gegen das nationale Deutschland abgehalten. In zahlreichen Versammlungen schloßen sie Entschlüsse gegen die „Deutsche Greuelhege“ und beschloßen, deutsche Waren zu boykottieren. An verschiedenen Punkten der Stadt verhielten sie, Umzüge zu bilden, wobei die Juden, um den Polen zu gefallen, auch polnisch-nationalistische Rufe ausstießen, wie „Hände weg von Rommellen“ oder „Es lebe das polnische Danzig“. Der Versuch, vor die deutsche Botschaft zu ziehen, wurde

von der Polizei vereitelt. In der Provinz kam es zu ähnlichen Kundgebungen der Juden.

„Greuel“-Versammlung in Neupark

Neupark, 28. März. Zu der im Madison Square Garden einberufenen Protestversammlung gegen die deutschen „Judengreuel“ waren etwa 20 000 Menschen, größtenteils Juden, zusammengekommen, so daß eine Nebenversammlung abgehalten werden mußte. Es wurden mehrere Reden gehalten und zum Schluß eine Entschlieung des Rabbiners We i h (Wile) angenommen, in der die deutsche Regierung aufgefordert wird, ihre judenfeindliche Politik aufzugeben und die Ausweisung der Ostjuden zu unterlassen.

Deutschfeindliche Hege in Ostasien

Jerusalem, 28. März. Die hiesigen Juden haben beschlossen, in ganz Palästina eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren und deutsche Filme einzuleiten, um gegen den Antisemitismus in Deutschland zu protestieren.

Prüfung der öffentlichen Betriebe

Berlin, 28. März. Der Reichsrat ist zu seiner nächsten Vollziehung für kommenden Donnerstag in das Dienstgebäude des Reichsministeriums des Innern einberufen worden. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Uebersicht über die den Gemeinden als Erlass der Kosten der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zu zahlenden Sätze. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ meldet, ist auch diesmal eine Regelung vorgesehen, die eine Aufteilung der Wahlkosten zwischen Reich und Gemeinden bedeutet, wobei allerdings in der sehr verwickelten Rechnung die Gemeinden in nicht weniger als 13 Gruppen eingeteilt sind. Die Anteile an den Wahlkosten, die den Gemeinden vergütet werden, sind diesmal etwas geringer. Zur Begründung hierfür nimmt die Vorlage Bezug auf die inzwischen gesunkene Reichsmehrzahl für die Lebenshaltungskosten.

Weiter steht auf der Reichsratsagenda ein sehr bedeutsamer Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Prüfungspflicht der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand. Die Verordnung, deren Durchführungsbestimmungen der Reichsrat nun verabschieden soll, ist vom Herrn Reichspräsidenten erlassen worden mit dem Ziel, durch eine sorgfältige Prüfung der Betriebe der öffentlichen Hand Sauberkeit und Rentabilität in diesen Betrieben zu gewährleisten. Die Durchführungsverordnung bestimmt, daß in diesem Sinn der Prüfung zu unterliegen haben alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und als Körperkassen des öffentlichen Rechts auch das Reich und die Länder, sowie die Träger der Sozialversicherung. Dagegen sollen, wie das Nachrichtenbüro des VdZ weiter meldet, die Betriebe der Religionsgesellschaften durch diese Verordnung nicht berührt werden. Die Prüfung soll vorgenommen werden durch Bilanzprüfer, die identisch sein werden mit den öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfern. Die Reichsratsausschüsse werden einige Änderungen vorschlagen.

Einzelhandel und NSDAP.

Berlin, 28. März. Nach längeren Verhandlungen zwischen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und dem nationalsozialistischen Kampfbund des gewerblichen Mittelstands ist jetzt das Abkommen getroffen worden, daß an die Stelle des ersten Vorsitzenden der Hauptgemeinschaft ein der NSDAP angehörender führender Einzelhändler, und zwar Paul T r e n d e m a n n, Berlin, im Firma Marzahn Nachfolger O. m. S. S., Spanbau, treten soll. Der Vorstand der Hauptgemeinschaft hat weiterhin H. v. H. der Seite des Kampfbundes solchen Einzelhändlern eingeräumt, die der NSDAP angehören und vom Kampfbund genannt werden. Die nächste im April stattfindende Mitgliederversammlung wird endgültig über dieses vorläufige Abkommen beschließen. Aus Anlaß der Umgestaltung und der Eingliederung der Hauptgemeinschaft in den neuen Staat hat das Haus des Einzelhandels die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Durch das Zustandekommen der Vereinbarung kommt weitens die Mehrzahl aller gewerblichen Unternehmungen

in Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht unter nationalsozialistische Führung. Von den 670 000 Betrieben des Einzelhandels, die in ganz Deutschland vorhanden sind, gehören mehr als 400 000 Betriebe der Hauptgemeinschaft an. Innerhalb der Hauptgemeinschaft war es übrigens vor einigen Wochen zu wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf die Warenhausbetriebe ihren Austritt erklärt hatten.

Die Reform des Krankenkassenwesens

Reichskommissar für die Ortskrankenkassen

Berlin, 28. März. Reichsarbeitsminister Seidte hat einen Reichskommissar für die Allgemeinen Ortskrankenkassen Gotha, Oera, Sonneberg, Oehren (Thüringen) und Wandsbeck ernannt. Ferner wurde der Kommissar für den Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamts Berlin beauftragt, an Stelle der Verbandsorgane die Geschäfte dieses Verbands zu übernehmen. Ebenso wird ein Beauftragter des Reichsarbeitsministers die Geschäfte des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, der zur Zeit von der Deutschen Redaktions- und Treuhandgesellschaft geprüft wird, führen.

Änderungen im Reichsrat

Berlin, 28. März. Die bisherigen Vertreter der drei Hansestädte im Reichsrat sowie derjenige Hessens sind beurlaubt und durch Männer nationaler Richtung ersetzt worden. In der bayerischen Vertretung scheint eine Änderung noch nicht beabsichtigt zu sein, da Ministerialdirektor S p e r r erst kürzlich zum Gesandten ernannt worden ist.

Der Vizepräsident der Rheinprovinz verhaftet

Koblenz, 28. März. Der frühere Vizepräsident der Rheinprovinz, Dr. G u s t e, ist auf Eruchen der Staatsanwaltschaft Halle von der Koblenzer Polizei verhaftet worden. In der Voruntersuchung soll festgestellt werden, ob sich Dr. G u s t e in seiner früheren Verwaltungsstelle der Aktienseitigung und Unterschlagung schuldig gemacht hat.

Anschlag gegen das Gaswerk in Fürtch

Fürtch, 28. März. In der vergangenen Nacht wurden in Fürtch etwa 60 Kommunisten verhaftet, die im Verdacht stehen, einen Sprengstoffanschlag auf das städtische Gaswerk in Fürtch vorbereitet zu haben. Die Polizei war in den Besitz von Geheimchriften gelangt, in denen der Anschlag angekündigt wurde. Das Gaswerk war daraufhin bereits am Montag abend durch Polizei und SA. besetzt worden.

Die „moralische Abrüstung“ in Frankreich

„Figaro“ fordert die Wiederbesetzung des Rheinlands

Paris, 28. März. Eines der deutschfeindlichsten Blätter des Deutschenlands, Coty, Parfümeriefabrikant und mehrfacher Millionär in Paris, der „Figaro“, verlangt die Wiederbesetzung von Mainz und des Rheinlands. Frankreich könne in der Ungewißheit nicht leben, nachdem es Hitler gelungen sei, innerhalb eines Jahres 300 000 Nationalsozialisten zu mobilisieren. Wenn Deutschland heute in der Lage sei, sich der Durchführung des Versailler Vertrags mit Waffengewalt zu widersetzen (!), so werde es nicht lange dauern, bis es in der Lage sei, nach Paris zu marschieren (!). Frankreich müsse zur Tat schreiten, auch wenn es darob zu einem Krieg komme; 100 000 Freiwillige zum Einmarsch in Deutschland würden sich schon finden, dann werde die Welt wieder Respekt vor Frankreich haben, während sie jetzt sein Verderben und seine Unterjochung wünsche.

Coty scheint von seinem eigenen Parfüm benebelt zu sein. Traurig ist nur, daß es immer noch deutsche Frauen gibt, die dem Pariser Bisfischer seine Waren abkaufen und ihn bereichern. Die Auswürfe des „Figaro“ sind übrigens ein interessanter Beleg dafür, welche Fortschritte die „moralische Abrüstung“ in Frankreich gemacht hat.

Gewaltige Mittelstandskundgebung

Stuttgart, 28. März. Die Organisationen des gewerblichen Mittelstands veranstalteten am Montag abend zusammen mit der Handwerkskammer Stuttgart eine große Mittelstandskundgebung in der Liederhalle. Der Besuch der Veranstaltung von nah und fern, auch aus den Oberämtern Ludwigsburg, Waiblingen, Schorndorf, Gmünd, Ultingen, Göttingen usw. war so stark, daß der Festsaal schon eine Stunde vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden mußte. Viele Tausende mußten im Kontertsaal, im Liederhallgarten und noch im Stadtpark untergebracht werden, wo die Reden durch Lautsprecher übertragen wurden. Die ganze Veranstaltung wurde auch auf den Südbund übernommen. Als Gäste wohnten der Rundfunk auch Finanzminister Dr. Dehlinger, die Staatsräte Hirtel und Dr. Lehmann, Landesfinanzamtspräsident Peiffer, der Rektor der Techn. Hochschule bei.

Rach dem feierlichen Einmarsch der Fahnenabordnung der SA., der SS., des Stahlhelms, des deutschnationalen Kampfbundes sowie der Handwerkskammer eröffnete der deutschnationalen Stadtrat Wäcker-Obermeister R ä d e l e -Stuttgart die Kundgebung, wobei er die besonderen Wünsche des an der Teilnahme verhinderten Staatspräsidenten M u r r überbrachte. Der Redner feierte die nationale Erhebung und gedachte ihrer Toten, worauf die SA.-Kameraden das Lied vom guten Kameraden spielten.

Als Hauptredner des Abends sprach Staatskommissar Dr. S t r ö l i n -Stuttgart über Gemeinde und Mittelstand. Er führte u. a. aus: Gemeinde und Mittelstand sind die ausgesprochenen Stiefkinder des bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems gewesen. Die Gemeinde war das Stiefkind unter den Trägern der öffentlichen Wirtschaft und der Mittelstand auf der anderen Seite war all die Jahre hindurch das Stiefkind der privaten Wirtschaft. Einzelhandel und Handwerk waren die ausgesprochenen Brügelkinder, die von allen Seiten mißachtet und mit Füßen getreten worden sind. Die Folge dieser Behandlung von Gemeinde und Mittelstand war, daß weithin in Deutschland beide zu Trümmern geworden sind. Die Ursachen für die Not liegen vor allem auf 3 Gebieten: 1. in der völlig verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der bisherigen Reichsregierungen, 2. in der bewußten Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung und 3. in der grundsätzlich falschen geistigen Verfassung und Gestaltung der Wirtschaft. Das parlamentarische System in den Gemeinden war vor allem der Ausgangspunkt einer unverantwortlichen Ausgabemißwirtschaft,

durch die wiederum der Mittelstand völlig unnützlich belastet worden ist. Insbesondere auf dem Gebiet der Beamtenpolitik hat die Parteiherrschaft geradezu Orgien gefeiert. Eine ausgesprochene Folge des Parteiwesens war auch die Schematisierung der Fürsorge. Unmittelbar auf marxistischen Einfluß ist auch die Ueberlieferung der Regiebetriebe zurückzuführen. Gerade hier muß eine gründliche Änderung der Einstellung der Gemeinden zum Mittelstand eintreten. Die Gemeinden haben die Pflicht, den Mittelstand vor seinen wirtschaftlichen Segnern zu schützen. In diesem Sinn habe ich mich auch bereits dafür eingesetzt, daß die Konkurrenz der Warenhäuser eingeschränkt wird. Dringend notwendig ist es auch, daß man aus den Warenhäusern die „Lodvögel“ — die Lebensmittelabgabe und die Eßtrichräume — verschwinden läßt. Es ist ferner dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß bei den städt. Vergabungen unbedingt nach dem Geist der Reichsordnung verfahren wird.

Neben solchen Einzelmaßnahmen ist aber gerade auch vom Standpunkt des Mittelstands aus eine grundlegende Reform des Gemeindeverfassungsrechts notwendig. Der Gemeinderat ist ein Verwaltungskörper und kein Befehlsgeschäftskörper. Daraus ergibt sich als Grundforderung gerade vom Standpunkt des Mittelstands die radikale Entpolitisierung der Gemeindevertretung. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist daher die Umgruppierung der Gemeindevertretungen auf die Grundlage der berufständlichen Gliederung. Im Interesse einer fruchtbareren Arbeit sollte fogleich die Zahl der Gemeinderatsmitglieder weitaus verringert werden, z. B. in Stuttgart von 60 auf 50 oder 40. Gleichzeitig muß aber auch die Stellung des Stadtoorstands durch die Gemeindeordnung im Sinn des Führergedankens ausgestaltet werden. Der Stadtoorstand muß dem Gemeinderat den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücken. Bordinglich ist im Augenblick die Gleichstellung des Gemeinderats mit dem Reichstag und den Landesvertretungen. Noch wichtiger als all diese Reformen ist sowohl für die Gemeinden wie für den Mittelstand die Gesundung der Wirtschaft überhaupt. Vor allem ist eine völlige geistige Erneuerung notwendig. Kapitalismus und Marxismus haben aber in gleicher Weise zu der jetzigen Verelendung des Mittelstands beigetragen. Angesichts dieser Tatsachen müssen Gemeinde und Mittelstand miteinander einen Weg zur Neugestaltung der Wirtschaft finden. Die Wirtschaft muß aus einer Beherrscherin wieder zu einer Dienerin des Volks werden. Es

ist der unerschütterliche Wille der nationalen Bewegung, die Prostitution des einzelnen und die Selbsthätigkeit der Klasse zu überwinden und den Grundgedanken „Gemeinnutz von Eigennutz“ als Pflicht und als Ehre für jeden einzelnen zum obersten Gesetz zu erheben. Das ist ein wesentliches Ziel, das sich die nationale Regierung gestellt hat. Der Mittelstand und die Träger der nationalen Revolution haben daher das gleiche Ziel.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Drechslermeister Demepe (Stuttgart) wandte sich gegen die Handwerksführer, die immer politische Neutralität predigen, die Hitlerbewegung bekämpfen, aber jetzt plötzlich mit Treueschwüren und auch noch mit Forderungen kommen. Wer nicht mitkämpft, habe auch nichts zu fordern. Für die bisherigen Handwerksführer, die Demokraten, Wirtschaftsparteiler usw. heiße jetzt die Parole: Abtreten! Wenn sie nicht freiwillig verschwinden, werden sie von den Nationalsozialisten aus den Sesseln herausgehoben werden.

Der deutschnationale Land- und Reichstagsabgeordnete Dr. Bider (Stuttgart) sprach für den kaufmännischen Mittelstand. Er wandte sich mit scharfen Worten gegen das System der letzten 14 Jahre. Unter dem Einfluß des Marxismus, der Demokratie und des Liberalismus sei die Anarchie des Kapitals Tatsache geworden. Das Ergebnis sei eine ausgeblutete deutsche Wirtschaft, eine unbeschäftigte Industrie, eine in Not geratene Landwirtschaft. Wir verlangen eine neue Wirtschaftsordnung, die einen neuen, mächtigen Mittelstand schafft. Jeder Mittelständler habe die Pflicht, sich hinter die neue Regierung zu stellen, da sie die bisherigen Forderungen des Mittelstands zu den ihren gemacht hat.

Das Schlusswort sprach der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Böhner (Magd.) worauf die Kundgebung mit großen Beifallstürmen für die Redner und mit dem Gesang des Deutschlandlieds schloß.

Württemberg

Stuttgart, 28. März.

Polizeimajor Heyd wieder im Dienst. Wie wir hören, ist der vor einigen Jahren in den Ruhestand getretene Polizeimajor Heyd wieder in den aktiven Polizeidienst eingetreten. Er ist jetzt Leiter des Luftschutzes beim Innenministerium.

Bildung von Sondergerichten. Laut Verordnung des Justizministeriums wird für den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart ein Sondergericht mit dem Sitz in Stuttgart gebildet.

Die Postbeamten hinter der nationalen Regierung. Der Landesverband Württemberg des Reichsverbands Deutscher Post- und Telegraphenbeamten E. B., der in Württemberg weit über 4000 Beamte des unteren und mittleren Postdienstes als Mitglieder zählt, hielt am Sonntag eine Konferenz seiner Obmänner ab. Diese war von über 100 Unterführern aus dem ganzen Land besucht. In einer Entschließung schloß sich der Landesverband dem bekannten Aufruf des Reichsverbands an.

Abteilung der Vorsitzenden von fünf Ortskrankenkassen. Der Staatskommissar für die Krankenkassen Württembergs hat dem Vorstandsvorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heilbronn, Friedrich Reinhardt, dem Vorstandsvorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heidenheim, Hermann Wild, dem Vorstandsvorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Ravensburg, Matthäus Grathwohl, dem Vorstandsvorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Ulm, Stadtrat Spindler, und dem Vorstandsvorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Tettnang, Stadtbaumeister Oberthanner, die Ausübung ihres Amtes bis zur Durchführung der Amtsenthebung nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren untersagt. Die Bestellung von Kommissaren für diese Krankenkassen ist in Aussicht genommen.

Kalen, 28. März. Verhaftung von Lehrern. Von der hiesigen Oberrealschule sind, wie der Südd. Ztg. berichtet wird, drei Lehrer wegen staatsfeindlicher Haltung in Schutzhaft genommen und auf den Heuberg gebracht worden, nämlich die Reallehrer Treß und Kampf und der Studienrat Breisinger. Die beiden Letzgenannten sollen sich wieder auf freiem Fuß befinden. Rechnungsrat Sigler, dem das Wohnungsamt unterstand, und Gaswerkdirektor Bolter wurden beurlaubt. Die Akten über die Vorgänge sind der Staatsanwaltschaft zugeleitet.

Göppingen, 28. März. Oberbürgermeister Hartmann beurlaubt. Der vom württ. Innenministerium als Unterkommissar für das Oberamt Göppingen ernannte Reichstagsabgeordnete Dreher-Ulm hat Landrat Feuer hier als Kommissar für die Stadt Göppingen bestellt und gleichzeitig Oberbürgermeister Hartmann von seinen Dienstgeschäften bis auf weiteres beurlaubt. Landrat Feuer hat zu seinem Vertreter bei der Stadt Göppingen den Rechnungsrat Scheutle bei der hiesigen Grundbuchratschreiberei mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

Schwögen, 28. März. Dem Bürgermeister die Fenster eingeworfen. Gestern nachmittag ging hier das Gerücht um, der in Schutzhaft befindliche Bürgermeister Reunhöffer solle aus der Haft entlassen und wieder in sein Amt eingesetzt werden. Diese Nachricht löste bei einem großen Teil der Einwohner eine starke Erregung aus. Abends sammelten sich immer mehr Leute vor dem Haus Reunhöffers. Geldscheine, Fenstergläser wurden eingeworfen usw. Nur dem energischen Eingreifen der rasch herbeigekommenen SA-Mannschaft war es zu verdanken, daß die Sache nicht schlimmere Folgen annahm. Mit Gewalt mußte man die erregte Menge zurückdrängen und sofort die Zugangsstraßen mit starken Posten absperren. Der Sachschaden soll beträchtlich sein.

Ulm, 28. März. Der Fall Rebmann. Der Untersuchungsausschuß berichtet, daß es jetzt gelungen sei, in den Skandal des früher beim Steueramt tätig gewesenen Rechnungsrats Rebmann Licht zu bringen. Es handele sich nicht, wie feinerzeit angegeben, um kleine Unregelmäßigkeiten in der Gehaltsliste, sondern um größere Unterschlagungen. In diesem Fall seien mehrere höhere Beamte der Stadt beteiligt, die in den nächsten Tagen ihrer Verurteilung entgegenstehen.

Vom Rathaus. Die Rathausfraktion der NSDAP. reichte beim Staatskommissar für die Stadt Ulm das Verlangen ein, daß bei der Wiederbesetzung des Ulmer Stadttheaters im Herbst darauf gesehen wird, daß nur Leute im Theater und Büro verwendet werden, die deutscher artischer Abstammung sind.

Jellbach, 28. März. Die Schüttelgrabenkorrektur kommt. Der Kreditausschuß für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1933 (Rekorrationen) hat einen Kredit in Höhe von 120 500 RM. zum Zweck der Requirierung des Schüttelgrabens gewährt. Mit den Arbeiten kann Mitte April begonnen werden.

Waiblingen, 28. März. Freitod. Ein 18 J. a. Gärtnerlehrling, dem von seinen Lehrern und dem Geherrn in Rommelshausen die besten Zeugnisse ausgestellt wurden, fiel bei Ablegung der Gesellenprüfung in Stuttgart durch. Aus Verzweiflung darüber stürzte sich der junge Mann vom fahrenden Eisenbahnzug und war sofort tot.

Hall, 28. März. Waffenfunde. In Gnodental und Hall wurde eine größere Anzahl Pistolen gefunden. In einer Wadlunge unter einer Tanne fanden Beamte eine große wasserdicht verschlossene Blechbüchse, in der eine größere Anzahl Pistolen und etwa 1000 Schuß Munition enthalten waren. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden mehrere Kommunisten, darunter 2 Frauen, verhaftet.

Blumweiler M. Mergenheim, 28. März. Bei der Ortsvorsteherwahl wurde der bisherige Bürgermeister Johann Lang wiedergewählt.

Ellwangen, 28. März. Vierfacher Brandstifter. Das Schwurgericht hat den 20 J. alten ledigen Dienstmacht Gottfried Sperle von Weinsoden M. Kolen, zuletzt in Bernhardsdorf M. Kolen beschäftigt, wegen vier Verbrechen der Brandstiftung zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im September, Oktober und November v. J. baute er in Bernhardsdorf mehrere Scheuern in Brand steckte. Als Grund gab er an, daß er eine Freude am Feuer gehabt habe. Der durch seine Tat entstandene Schaden beträgt etwa 15 000 M.

Lautlingen, M. Balingen, 28. März. Selbstmordversuch. Montag morgen wurde auf den Schienen des Bahnkörpers durch die Bahnpolizei ein schwerverletzter Mann gefunden, der sich aus Verzweiflung über seine Arbeitslosigkeit überfahren lassen wollte. Als er zum Bewußtsein kam, brachte er sich noch einen Holschiff bei, der aber nicht tödlich wirkte. Er wurde ins Göttinger Krankenhaus verbracht. Nach den Erhebungen handelt es sich um einen Mann aus Kohra F., der sich aus dem Zug gestürzt hatte.

Aus Stadt und Land

Magd., den 29. März 1933.

Die meisten glauben, sie seien ein ganz interessantes Thema — aber die meisten finden das meist nicht.

Unterkommissariate aufgehoben

Bekanntmachung des Innenministeriums über Aufhebung der Unterkommissariate.

Da nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Württemberg die Polizeigewalt der Bezirks- und Ortspolizeibehörden mit Unterstützung der Hilfspolizei völlig ausreicht, werden sämtliche Unterkommissariate im Geschäftsbereich des Polizeikommissars für das Land Württemberg mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Damit ist die alleinige Zuständigkeit des Staatlichen und der Gemeindebehörden im früheren Umfang wieder hergestellt.

Zur Verhängung von Schutzhaft ist nach wie vor nur das Polizeipräsidium — Landesstriminalpolizeiamt — Stuttgart zuständig.

Die Bezirks- und Ortspolizeibehörden können bei Gefahr im Verzug die betreffenden Personen festhalten, bis die Entscheidung des Landesstriminalpolizeiamts ergangen ist.

Postalisches

Vom 1. April 1933 ab werden die bisher zum Leitpostamt Calw gehörigen Orte, Engelsbrunn, Grundbach, Kapfenhardt und Sulzbach dem Leitpostamt Neuenburg und der bisher zum Leitpostamt Magd. gehörige Ort Sulz (M. Magd.) dem Leitpostamt Calw zugeteilt.

Studentat Dr. Nühle †

Studentat Dr. Nühle an der Realschule mit Lateinabteilung ist heute Nacht einem Herzschlag erlegen.

Wieder Sommer-Urlaubsarten auf der Reichsbahn. Sommer-Urlaubsarten der Reichsbahn mit 20 Prozentiger Ermäßigung werden in diesem Jahre in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober ausgegeben. Um auch Urlaubsreifen von kürzerer Dauer diese Ermäßigung zugute kommen zu lassen, kann von Sommer-Urlaubsarten kein Gebrauch gemacht werden, wenn der Urlaub eine Mindestdauer von sieben Tagen hat. Für die Sommer-Urlaubsarten, die eine Geltungsdauer von zwei Monaten haben, ist die Mindestentfernungsgrenze auf 200 km. festgesetzt.

Das mißbräuchliche Singen des Horst-Wessel-Lieds in Gastwirtschaften oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen eine besondere Grund wird unter Strafe gestellt. Das Lied soll in seiner Weiße als Kampflied der nationalen Erhebung erhalten werden und darf nur von Anhängern der nationalen Bewegung gesungen werden.

Wronsdorf, 28. März. Der Vierterklang hielt im Gasthaus zum Adler seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Huber wurde der Kassenbericht von Kassier Brenner vorgetragen, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Schriftführer Kenz gab einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, wobei heitere Erinnerungen wachgerufen wurden. Dann kam es zum Hauptpunkt der Tagesordnung: 25 jähr. Jubiläum des Vereins. Es wurde beschlossen, dasselbe voraussichtlich am 18. Juni zu feiern. Zur Abmahlung wurden einige Ehrengelungen. Vorstand Huber schloß die Versammlung mit dem Wunsch, auch ferner dem deutschen Viede und dem Vaterland treu zu bleiben und so auch in unserem Teil beizutragen, anser Vaterland wiederum in die Höhe zu bringen.

Wödingen, 29. März. Der Waldbau am Sonntag wurde schnell aufgelöst. Drei junge Männer von Pfalzgrafenweiler, von denen sich einer eine Zigarette anzündete und dann sein brennendes Streichholz ins trockene Gras warf, das auch sofort zu brennen begann, sind die Urheber. Wie es scheint, sahen die

Drei eine Weile dem Brennen des Grases zu und wurden dann nachher mit dem schnell sich weiterbreitenden Feuer nicht mehr Herr, trotzdem sie sich verzweifelnde Mühe gaben.

Herrenberg, 28. März. Seltene Tierfreundschaft. In einer Ortschaft des Oberamts Herrenberg trug sich folgende Tiergeschichte zu: Ein Schweinezüchter hatte ein Mutterfwein, das 11 Junge zur Welt brachte, wovon 10 sofort verendet. Das einzige, das die Schweinemutter nicht mehr an, so daß die Hundemutter, die am selben Tage auch ein Junges zur Welt brachte, sich des hilflos dastehenden Schweinechens annehmen mußte. Die Hundemutter tat dies in rührender Weise.

Neuenbürg, 28. März. Polizeimaßnahmen. Gestern führte Polizei-Unterkommissar Landtagsabg. Böhner-Kagold, im Auftrag des Innenministeriums die im ganzen Land übliche Aktion zur Bekämpfung des öffentlichen Lebens auch am hiesigen Orte durch. Unter Zuhilfenahme einer Abteilung SA sowie der örtlichen Polizei und Landjägersmannschaften wurden insgesamt 21 Personen zur Vernehmung ins Rathaus vorgeführt. Vorwiegend handelt es sich um Funktionäre von Linksparteien, jedoch wurden auch hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in führenden Beamtenstellen einem Verhör unterzogen. Neun Personen wurden in Schutzhaft gehalten, darunter befindet sich auch der Ortsgeistliche der Gemeinde Schwann. Die eingeleiteten Untersuchungen werden ergeben, inwieweit etwaige Amtsenthebungen oder Schutzhaftentlassung vorgenommen werden. Die Aktion wird heute in den Gemeinden Birtenfeld und Herrenalb weitergeführt.

Wildbad, 28. März. Polizeimaßnahmen. Auch hier wurden polizeiliche Maßnahmen durchgeführt, die der neuernannte Polizeibeauftragte, Landtagsabgeordneter Böhner-Kagold leitete. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Im Sitzungssaal des Rathauses in Wildbad, vor dem sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte, wurde ein vorläufiges „Sammellager“ eingerichtet. Als die vorläufig Festgenommenen entlassen werden sollten, riefen drei von ihnen „Rot Front“, worauf sie sofort endgültig in Schutzhaft genommen wurden.

Herrenalb, 28. März. Waldbrand. Um 12.45 rief die Sirene des Elektrizitätswerks Feueralarm. An der Kurve der Rotenholer Steige hatte eine Frau Frau Aico angezündet; das Feuer griff auf den benachbarten jungen Wald über. Die Gefahr eines gefährlichen Waldbrandes wurde durch die sehr rasch herbeigeeilte Feuerwehr abgewandt, ehe größerer Schaden entstehen konnte.

Letzte Nachrichten

Stahlhelmsverbot wird ab 1. April aufgehoben

Braunschweig, 28. März. Nach mehr als fünfjähriger Beratung im Braunschweigischen Staatsministerium wurde kurz vor 22 Uhr folgende amtliche Mitteilung ausgeben: Die Reichsregierung erkennt die vom braunschweigischen Innenminister Klages gegenüber dem Stahlhelm Gau Braunschweig-Stadt ergriffenen energischen Maßnahmen als berechtigt an. Nachdem der Reichsarbeitsminister Franz Sedlitz als erster Bundesführer die Disziplinareklage über die Angelegenheit zugefugt hat, und die Gefahr einer illegalen Aktion marxistischer Organisationen unter falschem Decknamen beseitigt ist, wird Minister Klages das für das Land Braunschweig ausgesprochene Verbot des Stahlhelms mit dem 1. April 1933 aufheben. Reichsarbeitsminister Sedlitz und seine Begleitung werden am Mittwoch morgen nach Berlin zurückfliegen.

Generalstaatsanwalt Krinke-Breslau beurlaubt.

Breslau, 28. März. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist auf persönliche Anweisung des Reichskommissars für das preussische Justizministerium, Landtagspräsidenten Kerst, der Generalstaatsanwalt in Breslau, Krinke, telegraphisch beurlaubt worden.

Hausdurchsuchung im sowjetrussischen Generalkonsulat in Hamburg

Hamburg, 28. März. Im Laufe des heutigen Tages hat eine Durchsuchung der Räume des sowjetrussischen Generalkonsulates stattgefunden, weil hinreichender Verdacht bestand, daß sich in den Räumen der Handelsvertretung, auf die sich ausschließlich die Durchsuchung bezogen hat, der kommunistische Abgeordnete Detmann aufhielt. Die Durchsuchung ist ergebnislos verlaufen.

Erdbeben in Peru.

Lima, 28. März. Bei der Ortschaft Landaban hat sich ein Erdbeben ereignet. Etwa 100 Personen sind von den Erdmassen verdrückt worden.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 28. März:
 6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gesamtst. 7.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 7.20-8.00: Schallplatten, 10.00: Nachrichten, 10.30: Ueberhunde, 10.45: Hörsprüche von Beethovens, 11.30: Wetterbericht, 12.00: Sonntags, 12.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 12.30: Schallplatten, 13.30: Spanische Grammatikunterricht, 13.45: Englischer Grammatikunterricht für Anfänger, 14.30-16.30: Jugendliebe, 17.00: Sonntags, 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Rundfunknachrichten, 18.30: Vortrag: „Auchfänger und Hummer im Reich“, 18.50: Vortrag: Die Gesamtentwicklung der graphischen Künste, 19.15: Zeitangabe, Nachrichten, 19.30: Schallplatten, 19.45: Der Englische Schüler (eine Infektionserreger Geschichte des Grauens im Jahre 1779), 20.30: Richard Wagner-Konzert, 21.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 22.30: Sonntags von Robert Schumann, 23.00-23.30: Regula Streufried, Legende von Oberst Schaeffer.

„Die Marnechlacht“ vom Spielplan der Landestheater abgelehnt

Stuttgart, 28. März. Das Theaterstück „Die Marnechlacht“, das am letzten Samstag vom erstenmal in Stuttgart aufgeführt werden sollte, dessen Aufführung dann aber auf Mittwoch, den 30. März, verschoben worden war, ist jetzt endgültig vom Spielplan der Württ. Landestheater abgelehnt worden.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 28. März. 4.191 G., 4.199 B.
Berliner Pfundkurs, 28. März. 14.33 G., 14.37 B.
 100 franz. Franken 16,465 G., 16,506 B.
 100 Schweizer Franken 80,85 G., 81,01 B.
 100 österr. Schilling 48,45 G., 48,55 B.
 Dt. Abl.-Wsl. 77,87, ohne Zuz. 13,70.
Preisabstufung 3,875 v. h. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 28. März. Grundpreis 40,40 RM. d. kg.

Handelsabkommen mit der Schweiz bis 31. Juli verlängert. Das am 31. März ablaufende Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland vom 3. November 1932 ist bis zum 31. Juli verlängert worden. Das Abkommen lief bisher, da es am 1. März nicht gekündigt worden war, ohne weiteres zunächst einen Monat weiter.

Die Edelzentrale e. G. m. b. H., die zentrale Eintauschgenossenschaft von 430 örtlichen Edelta-Genossenschaften, erzielte im Jahre 1932 einen Gesamtumsatz von 142,6 Mill. Mark gegenüber 144,9 Mill. Mark i. V. Die Zentrale schließt mit einem Gewinn von 54 881 Mark ab, woraus 5 Proz. Dividende wie im Vorjahr verteilt werden sollen.



PERSER
 TEPPICHE aus Groß-Einkauf
SPOTTBILLIG
 Angeh. bel. unt. Nr. 143 Yermila Harb a. N.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt vom 28. März. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 32 Ochsen, 45 Bullen, 200 Jungbullen, 320 Rinder, 301 Kühe, 1476 Kälber, 1793 Schweine. ...

Table with market prices for various goods like coffee, flour, and meat. Columns include item names and prices.

Pforzheimer Schlachthofmarkt, 28. März. Zutrieb: 2 Ochsen, 9 Kühe, 46 Rinder, 19 Ferkel, 48 Kälber, 356 Schweine. ...

2. und 3. 18-12, Rinder 1. 30-32, 2. 25-27, Kälber 2. 42 bis 45, 3. 36-39, Schweine 2. 41-42, 3. 40-42. ...

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 15-22. - Adelmansfelder: Milchschweine 17-20. - Riedlingen: Mutterchweine 120 bis 130, Milchschweine 20-25. ...

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 10-11, Roggen 9-9,20, Gerste 8,40-9,30, Haber 6-7,70, Erbsen 7,30, Bohnen 7,40-8,20. ...

Stuttgarter Pferdemarkt am 3. und 4. April. Der Markt findet wieder auf dem Cannstatter Rasen statt, verbunden mit einem Hundemarkt, sowie einer Messe in Wagen, Sattlerwaren, landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften. ...

Amtliche Bekanntmachung Waffeneinzug

Die Anordnung des Polizeikommissars für Württemberg vom 17. ds. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 65) bestimmt folgendes:

I. Sämtliche im Besitz von Privatpersonen befindliche oder bei Staats- und Gemeindebehörden verwahrten Heereswaffen, die entweder laut Verordnung vom 4. Februar 1932 (Reg. Bl. S. 42) angemeldet oder deren Vorhandensein den Behörden sonst bekannt geworden ist, gegen Empfangsbescheinigung einzuziehen.

Heereswaffen sind: Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Gewehre Modell 98, Karabiner Modell 98, Armeepistolen (insbesondere Pistole 08), sämtliche einschl. der vorhandenen Munition, und Handgranaten.

Diese Anordnung gilt nicht für Heereswaffen, deren Besitzer eine amtliche Bescheinigung über die Aufbewahrung von Heereswaffen in Händen haben oder die sich im Besitz der staatlichen Forstbeamten befinden.

II. Sonstige Schusswaffen, deren Besitzer weder einen Waffenerwerbsschein noch eine Anmeldebescheinigung vorzeigen können, sind ohne Ausstellung einer Empfangsbescheinigung einzuziehen. Dies gilt auch für Kleinkaliberrevolverbüchsen.

Ausgenommen sind a) Schusswaffen und Munition im Besitz von zugelassenen Waffenhändlern.

b) Jagdwaffen mit zugehöriger Munition, welche die Inhaber von Jahresjagdarten ordnungsmäßig erworben haben oder zu führen berechtigt sind.

III. Zuwiderhandlungen hiegegen werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150-15000 Mark bestraft.

Die beteiligten Kreise werden hiermit aufgefordert, ihre der Einziehung unterliegenden Waffen unverzüglich spätestens aber bis 8. April ds. Js. beim Bürgermeisterei abzugeben.

Nach Ablauf dieser Frist behalte ich mir vor, durch Landjäger, nötigenfalls durch Hilfspolizei, Durchsuchungen nach Waffen in Privatwohnungen vornehmen zu lassen.

Die Bürgermeisterei werden beantragt, diese Anordnung sobald ortsbüchlich bekannt zu geben, die Waffen entgegenzunehmen und vorläufig auf dem Rathaus sicher zu verwahren. Wegen der Abholung der Waffen wird weitere Beizung erfolgen.

Nagold, den 28. März 1933. 745

Oberamt: Sainger

Für einen neuen Preßgas-Sparcherd, welcher aus Rohöl selbsttätig Gas erzeugt und mit dem man billig, bequem und geruchlos

überall mit Gas kochen

kann, wird die General-Vertretung mit Alleinverkaufsrecht für den Oberamtsbezirk vergeben. Jede fortschrittliche Hausfrau ist Käuferin. Spielend leichter Abzug, dauerndes Eintommen. Prospekt gratis. Anfragen mit Angabe bisheriger Tätigkeit an Sudler u. Co., München 50.

Konfirmations- und Osterkarten in großer Auswahl bei G. W. Zaiser, Nagold Gewandler 749

Polierer und Fertigmacher sofort gesucht von Ehr. Walz, Möbelfabrik Hailerbach, Tel. Nr. 10.

Neue Möbel??? Nein! Die alten aufgefacht mit Dr. Erffle's Möbelputz „Wunderschön“ Fr. Schmid, Kolonialwaren

Neueste Lehrverträge der Handwerks-tammer Neutlingen sind zu haben bei G. W. Zaiser.

Spar- und Vorschubbank Hailerbach e. G. m. u. H. Bilanz per 31. Dezember 1932

Balance sheet table with columns for Aktiva (Kasse, Wechsel, Wertpapiere, etc.) and Passiva (Geschäftsanteile, Reservefonds, etc.).

Hailerbach, den 27. März 1933. Der Vorstand: Ziegler, Gutekunst, Kaupp.

Die große Sondernummer der Berliner Illustrierten Zeitung „Der 21. März 1933“ mit vielen Bildern von den Staatsfeierlichkeiten bei der Reichstagsöffnung ist soeben erschienen und für 20 Pfg. vorrätig in der Buchhandlung Zaiser, Nagold

Sekt in 1/2 und 1/4 Flaschen empfiehlt C. Schuon Weinhandlung

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM Kosfüme. Catalog of women's clothing with prices: 16.50, 19.50, 24.50, 29.50.

Stadtgemeinde Nagold. Reifig-Berkant. Am Donnerstag, den 30. März 1933 kommen aus Stadtwald District Golgenberg, Wdt. hinterer Leonhardsberg zum Verkauf: Nadelholz, Brennreifig: 1500 Wellen ungebunden in Flächen. Zusammenkunft zum Vorzeigen mittags 1 Uhr auf der alten Eisbergsteige beim Steinbruch. Verkauf 1/2, 3 Uhr im Gasthaus J. goldenen Adler in Nagold. 722 Städt. Forstamt.

Heute abend 8 1/2 Uhr Gesamtprobe Teube. Grab- und Hochzeits-gelänge mitbringen.

VOM STAATSAKT IN POTSDAM am 21. März bringt eine besondere WOCHE GEDENK-AUSGABE viele Bilder und den Wortlaut der Festreden Für 20 Pf. bei G.W. Zaiser, Buchhdlg., Nagold.

Nagold den 27. März 1933 Todes-Anzeige. Unsere liebe, gute Mutter Rosine Klumpp geb. Bröfante wurde heute von ihrem schweren Leiden erlöst. Die trauernden Kinder: Beerdiigung Donnerstag mittag 2 Uhr vom Bezirkskrankenhaus Nagold aus.

Damenhüte Kappen und Mützen in reichhaltiger Auswahl zu billigsten Preisen. Umarbeiten und Umformen nach neuesten Modellen rasch und billig. Frida Pflomm Modistin

Saat-Kartoffeln der bewährtesten neueren Sorten empfehlen zu billigsten Preisen. Gebr. Adlung anerkannte Saatbauwirtschaft Sindlingen Bahnhofstation Rebringen. Ernst Albe Buchhandlung empfiehlt zum Schulanfang: Fibeln Tafeln Federkasten und sonstige Schulartikel. 3000 Mk. auf 1. Hypothek für sofort oder später von pünktlichem Zinszahler gesucht. Schriftliche Angebote unter Nr. 739 an den „Gesellschaftler“ erbeten. Sommerliche 2 Zimmer-Wohnung samt Zubehör auf 1. Mai zu vermieten. Wo? sagt die Weich.-St.

Arbeiter-Gesangs-Verein „Frohstinn“ Nagold Am Samstag, den 1. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Neugliederung des Vereins. Vollständiges Erscheinen erwartet der Vorstand. Gesucht wird auf 1. April ein älteres fleißiges Mädchen für Haus- und Landwirtschaft. Lohn nach Vereinbarung. G. Walz, Sägewerk Hochdorf U. D. Suche auf 1. April-jüngeres, ehrliches Mädchen für Haus- und Landwirtschaft. Ruhmann zum „Hirsch“ Bondorf (nicht Pfondorf). Kopfsalat Kresse Radieschen Feldsalat frisch vom Land, empfiehlt Fr. Schuster, Gartenbau.

Haus-Garten-



Landwirtschaft

Beilage zum Nagolder Tagblatt „Der Gesellschafter“ / Mittwoch, den 29. März 1933

Ackerbestellung zu Sommergetreide

Die Saatzeit ist von den jeweiligen klimatischen Verhältnissen und dem Auftreten von Krankheiten, Schädlingen und Unkräutern abhängig. Bei Sommergetreide wird man dann zu früherer Saat schreiten, wenn die Gefahr der Getreidefliegen vorhanden ist. Die Getreidepflanzen werden dann schon so erstarkt sein, daß ihnen die Fliegenlarven keinen oder nur noch einen unbedeutenden Schaden zufügen können. Auch bei Flugbrandgefahr, besonders bei Hafer ist eine frühe Saat von guter Wirkung. Bei Sommerweizen läßt man womöglich schon im März, da er die Verlängerung der Wachstumszeit und die Ausnützung der Winterfeuchtigkeit durch eine höhere Ernte dankt. Bei nassem Boden ist allerdings bei zu früherer Saat die Gefahr des Ausfaulens sehr groß. Bei starkem Flughaferbefall ist eine späte Saatzeit angebracht, dadurch hat man erreicht, daß die ausfallenden Flughaferkörner nicht auf dem Acker bleiben, sondern in der Scheune entfernt werden können. Bei früherer Saat reift der Flughafer vor dem Sommergetreide. Auch starke Heberich- und Ackerfarnverunreinigung bedingen ein Hinausschieben der Saat, da vorher Bekämpfungsmassnahmen durchgeführt werden müssen. Es ist unbedingt nötig, durch Schleppe, Walze, Egge und Kultivator das Keimbeet so zu bearbeiten, daß die Unkrautsamen zum Auflaufen gelangen, und durch die nachfolgenden Bestellarbeiten vernichtet werden. Mit Hilfe der neuzeitlichen Unkrautvernichtungsmittel kann man aber auch die Wachstumszeit im Frühjahr voll ausnützen und die kleinen Unkrautpflanzen später vernichten. Im Hinblick auf eine richtige Unkrautbekämpfung und die Erzeugung bestmöglicher Ware ist die Drillsaat der Reihenbau vorzuziehen. Da erstere zu stärkerer Befruchtung veranlaßt, wird das Halmgewebe auch durch die Lichteinflüsse gestärkt und die Gefahr der Lagerung des Sommergetreides ist auf ein Mindestmaß beschränkt.

Das bestmögliche gereinigtes und gegen Brandpilze gekeimtes Getreide zur Aussaat gelangt, sollte eine Selbstverträglichkeit sein. Im im letzten Jahr Flugbrand in stärkerem Maße aufgetreten, ist ein Saatgutwechsel nicht zu umgehen, wenn man eine Kollernte nach Menge und Güte anstrebt.

Der Lagergefahr ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Neben den genannten Maßnahmen kommt vor allem eine Herabdrückung der Saatmenge in Frage. Zudem ist einer Kaliphosphatdüngung größte Aufmerksamkeit zu schenken. Beides bewirkt eine Festigung des Halmgewebes und damit Erhöhung der Widerstandskraft gegenüber den Witterungseinflüssen. Zugleich wirkt diese Maßnahme dem Keimfall und den Fruchtkrankheiten entgegen.

Kaninchenzucht als Nutzzucht und Erwerbsquelle

Es wird sehr viel darüber geschrieben, wie die Kaninchenzucht als Nutzzucht betrieben wird, aber auf den Kern, der in der Wirtschaftlichkeit liegt, ist man bis heute nicht gekommen. Der Kaninchenwert in der Kaninchenzucht geht heute in die Hunderte von Millionen Mark und könnte vergrößert werden, wenn die Produkte wie Fleisch und Fell zum Nutzen des Jährlings verwertet würden. An Futter ist kein Mangel und man verdirbt heute noch viel, das nutzbar gemacht werden könnte. Die statistisch nachweisbar für die Einfuhr von Kaninchenfleisch ins Ausland gehenden Millionen Mark könnten uns erhalten bleiben. Das Kaninchenfleisch spielt im internationalen Rauchwarenhandel eine große Rolle. 90 Prozent aller verarbeiteten Pelzwaren stammen von Kaninchenfell her, und die Leipziger Fellveredelungsindustrie findet ihre meiste Beschäftigung im und durch das Kaninchenfell. In fast allen außer-

deutschen Staaten wird der Kaninchenzucht von Seiten der Regierung eine viel größere Aufmerksamkeit und Anerkennung als bei uns geschenkt und wird durch staatliche Subventionen in Erkenntnis seiner Bedeutung für das Wirtschaftsleben gefördert.

Um eine Besserung in der Bewertung und Verkaufes der Felle und einen geregelten Absatz und Preisbildung des Fleisches herbeizuführen, kann nur durch Selbsthilfe zufolge genossenschaftlichen Zusammenschlusses und genossenschaftlichen Absatzes geschehen. Zur Durchführung dessen hat sich unter Führung von in der Züchtung und Verarbeitung von Fellen und in der Kaninchenzucht erfahrener Männer eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in München 54, Eggartenstraße 5 gebildet, deren sich schon ein Teil Züchter aus München, sowie der näheren und weiteren Umgebung angeschlossen hat.

Zweck und Ziel der Genossenschaft ist:

1. Verbreitung der Kaninchenzucht auf alle Volkstriebe, Siedler, Heimstätten und insbesondere die Landwirtschaft.
2. Züchtung der Kaninchenzucht, Gewinnung von Fleisch, Fell, Wolle.
3. Vermittlung des An- und Verkaufs von Zuchtieren.
4. Vertrieb des Fleisches in eigenen Verkaufsstellen und öffentl. Anstalten, sowie Hotels und Gastwirtschaften.
5. Veräußerung der Rohfelle im Auktionswege, Verkauf der veredelten Felle, sowie gefertigter Pelzwaren direkt an die Verbraucher, Uebernahme der zu gerbenden und färbenden Felle, sowie Anfertigung von Pelzwaren in eigener Regie.

Bei der jährlichen Produktion an Kaninjellen in Deutschland und der Zusammenfassung u. Veräußerung in geschlossenen Posten läßt sich ein viel höherer Preis erzielen, als der Einzelne vermag und bei einer zielbewußten, durchgreifenden Geschäftsführung der Genossenschaft und Ausbehnung über das ganze Reich würde der Kaninchenzüchter und mit ihm seine Zucht einen mächtvollen Wirtschaftsfaktor abgeben, der sich segensreich auf das Nationalvermögen und auf jeden selbst auswirken wird. Ein fester und starker Zusammenschluß bedingt die Rentabilität und die Erfassung der Kaninchenzucht als Erwerbsquelle.

Ein lohnender Nebenbetrieb: Weidenanbau

Die Verarbeitung von Korbweiden zu den verschiedensten Gegenständen hat in den letzten Jahren wieder einen neuen Aufschwung erlebt. Allerdings sind wir in der Einfuhr des Rohmaterials noch stark vom Ausland abhängig. Diese Weiden können aber ohne weiteres bei uns gebaut werden. In einer Zeit, in der die Viehpreise und die Preise der Milchserzeugnisse einen solchen Tiefstand aufweisen, lohnt es sich nicht, auf schlechten Wiesen und Weiden Futter für die Ernährung des Viehs zu erzeugen. Zudem steht in Deutschland eine Menge von Gelände zur Verfügung, das vollkommen unbebaut liegen bleibt und das ohne weitere Vorarbeiten und besondere Vorkosten zum Anbau von Korbweiden verwendet werden könnte. Rasse Wiesen liefern, wie schon erwähnt, doch nur geringwertiges, schlechtes Futter.

Der Reinertrag beim Weidenanbau liegt pro Morgen etwa 100 Mark höher, als der bei den Weiden. Diese Zahl zeigt ohne weiteres die Rentabilität dieses landwirtschaftlichen Nebenbetriebs. Man ist dann in der Lage, die guten Wiesen besser zu pflegen und zu düngen, so daß dieselbe Futtermenge hervorgebracht wird und der Viehstand erhalten werden kann.

Da eine Weidenpflanzung nur im Winter mehr Arbeit erfordert, so wirkt dieser Betriebszweig in Bezug auf

die Arbeitsverteilung fast ausgleichend. Die ersten Jahre beanspruchen allerdings auch im Frühjahr etwas Arbeit, der Boden muß gelockert werden. Da dies aber mit dem Pflug geschehen kann, so ist diese Arbeit verhältnismäßig rasch beendet. Eine größere Geflügelhaltung läßt sich sehr gut mit einer Weidenanlage verbinden. Dadurch haben die Tiere eine billige Weide und zugleich vernichten sie die aufgetretenen Schädlinge. Da gute Absatzmöglichkeiten vorhanden sind, muß man sich fragen, warum der Anbau nicht häufiger durchgeführt wird, zudem doch genügend Gelände vorhanden ist. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß die Anlage selbst etwas teuer ist und Geld erfordert. Doch ist schon nach einigen Jahren die Möglichkeit gegeben, daß man selbst Stöcklinge verkaufen kann und damit das ausgegebene Geld wieder hereinkommt. Eine Ausgabe, die sicher eine entsprechende Einnahme bringt, ist auch in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes zu betätigen. Man kann den Landwirt zum Anbau von Weiden umso besser zu sprechen, als ein Risiko, wie es bei anderen Pflanzen der Fall ist, mit ihrem Anbau gar nicht verbunden ist, denn Weiden gedeihen überall und in jedem Jahr. Der Arbeitsanfall ist gering und die Pflegearbeiten sind leicht zu bewältigen. Können nach einiger Zeit sogar ganz in Wegfall geraten. Wer also irgendwie ein geeignetes Gelände zur Verfügung hat, lege eine Weidenpflanzung an, sie wird seinem Betrieb einen erwinlichen Nebenbetrieb angliedern, der sichere Einnahmen bringen wird.

Erleichterungen im staatlich anerkannten freiwilligen Tuberkulosefütterungsverfahren beim Rindvieh

Bei der Durchführung des staatlich anerkannten freiwilligen Tuberkulosefütterungsverfahrens beim Rindvieh sind die Bestände jährlich zweimal tierärztlich zu untersuchen. Die bei der Durchführung des Verfahrens in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß namentlich in kleineren Beständen weitere Fälle von offener Tuberkulose selten werden, wenn sich die Bestände bei zwei aufeinanderfolgenden Untersuchungen als frei von offener Tuberkulose und vom Verdacht dieser Tuberkulose erwiesen haben. Aus diesem Grunde ist das mit der Leitung des Verfahrens beauftragte Tierärztliche Landesuntersuchungsamt verfahrensweise ermächtigt worden, eine der beiden jährlichen Untersuchungen für solche Bestände, in denen bei zwei aufeinanderfolgenden Untersuchungen offene Tuberkulose oder Verdacht dieser Tuberkulose nicht mehr festgestellt worden sind, nachzulassen, sofern die Tierbesitzer mit dem Verzicht auf die zweite Untersuchung einverstanden sind. Hierdurch verringern sich die Kosten des Verfahrens für den Tierbesitzer in erwünschtem Maße.

Bessere Marktlage für Schweine im Sommer

Nach den vorläufigen Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts weist der Schweinebestand auf Grund der Zählung vom 3. März 1933 gegenüber dem Vorjahr um einen Rückgang von rd. 2 v. H. auf (Bestand 20,25 gegen 20,63 Mill. Stück). Als natürliche Folge der durch die gute Vorjahresernte erzeugten stärkeren Ausmüftung der Schweine hat sich die Mastdauer weiter verlängert. Deshalb ist die Zahl der über 1/2 Jahr alten Schlachtschweine mit 3,69 (3,55) Mill. Stück um 3,7 v. H. höher als im März 1932, und der Bestand an Mastschweinen wiederum nur in dem jungen Nachwuchs aus, der mit 14,58 (14,99) Mill. Stück um 3 v. H. kleiner ist.

Für die nächste Zeit ergibt sich etwa folgende Marktlage: Das Angebot wird in der Statistik nur wenig hinter dem des Vorjahres zurückbleiben. Die Gewichte der Schweine werden aber höher sein; sie lagen z. B. im Februar 1933 in Berlin rd. 11 v. H. über denen des Februar 1932. Infolgedessen wird die gesamte Angebotsmenge an inländischer Schweinefleischmenge wahrscheinlich nicht hinter der des Vorjahres zurückbleiben. Preismäßig ist nach den vorliegenden Erfahrungen eine bessere Marktlage mit großer Wahrscheinlichkeit im Lauf des Sommers zu erwarten. Von den Auswirkungen der Neuordnung der Fellewirtschaft, der Entmischung der Kaufkraft und vom Ernteausschlag wird es im übrigen abhängen, wie unter diesen Verhältnissen die Schweinehaltung zu gestalten sein wird.

Der Tod auf Hohenfried

Roman von Kurt Martin

Alle Rechte vorbehalten. — Nachdruck verboten. Copyright by Verlag „Neues Leben“, Bayr. Gmain

60
 Dr. Haberland blickte interessiert auf, als Paul Stein bei ihm eintrat.
 „Da sind Sie ja, Herr Kriminalinspektor! Was ist das nun mit dem Einbruch auf Hohenfried?“
 „Eine höchst schwierige Sache! Ein Verurteilter muß da am Werk gewesen sein.“
 „Wunderbar! — Das geht wohl dort so weiter?“
 „Nein, jetzt ist es aus.“
 „Was heißt das?“
 „Das heißt, daß ich Ihnen heute einige Ueberraschungen bereiten muß, Herr Staatsanwalt.“
 „Sie mögen mich neugierig. — Wie war es denn in Budapest?“
 „Stein erzählte, vorher aber berichtete er von seiner Vernehmung Bruno Bauers.“
 „Dr. Haberland unterbrach ihn nicht. Als er aber zu Ende war, erklärte er:
 „Der Bauer hat selbstverständlich gelogen. — Nach der Kassetten können wir ja suchen lassen.“
 „Bruno Bauer hat ganz bestimmt die Wahrheit gesagt, Herr Staatsanwalt.“
 „Was — mit der Kassetten? — Möglich!“
 „Rein, als er seine Unschuld bei der Ermordung seines Onkels beteuerte.“
 „Sie halten den Mann also wirklich für unschuldig? Er soll nur das Geld an sich genommen haben? Na, hören Sie, wie kommen Sie denn darauf? Wer soll denn dann den Otto Müller aufgeknüpft haben? — Das ist ja immer rätselhaft!“
 „Otto Müller wurde von dem Mörder Joachim Gerdahlens getötet.“
 „Halt, halt! — Dann sind also Ihrer Ansicht nach zwei Menschen an Joachim Gerdahlens Ermordung beteiligt; denn Albert Gerdahlens kann Otto Müller nicht getötet haben, da er im Gefängnis saß.“

„Ich hatte auch nicht an Albert Gerdahlens gedacht.“
 „Sondern?“
 „An den Mörder.“
 „Und wen meinen Sie damit?“
 „Einen Augenblick! — Die Kassetten sind bereits von mir gefunden worden. — Heute beim Morgengrauen.“
 „So? — Und was noch was drin?“
 „Stein reichte dem Staatsanwalt ein kleines Heft.“
 „Da hat Otto Müller vor seinem Tode Aufzeichnungen gemacht. — Bitte, lesen Sie!“
 „Das da? — Was ist damit?“
 „Bitte, Herr Staatsanwalt, lesen Sie!“
 Dr. Haberland lehnte sich zurück und begann zu lesen. Aber schon nach einigen Zeilen riß es ihn hoch. Er starrte Paul Stein an.
 „Was soll das?“
 „Bitte, lesen Sie weiter!“
 Und wieder flogen des Staatsanwaltes Augen über das Geschehene. Das Blut rieg in sein Antlitz. Er riß an seinem Kragen, als ob der ihm plötzlich zu eng geworden sei. Seine Augen wurden immer größer. Ein gurgelnder Laut drang aus seiner Kehle.
 „Stein, was ist das?“
 „Haben Sie alles gelesen?“
 „Ja!“
 „Herr Staatsanwalt, das alles wollte Otto Müller bei der ersten Schwurgerichtsverhandlung gegen Albert Gerdahlens dem Gericht mitteilen!“
 Dr. Haberland schüttelte den Kopf in beide Hände.
 „Und daran soll etwas Wahres sein?“
 „Jedes Wort ist wahr!“
 „Was Sie vorhin sagten — das von der Frau in Budapest — sprach die nicht auch von den geheimen Gängen?“
 „Ja. — Die Gänge existieren. — Ich war vorhin drin.“
 „Sie?“
 „Ich habe mir die Pläne verschafft. Sie lagen in einem bisher unbekanntem Geheimfach von Joachim Gerdahlens Schreibtisch.“
 „Sie?“
 „Herr Staatsanwalt, den Einbruch auf Hohenfried heute nacht, habe ich ausgeführt.“
 Dr. Haberland trocknete sich den Schweiß von der Stirn.

„Neben Sie! — Ich bin jetzt auf alles vorbereitet.“
 „Ich fand die Pläne und denühte vorhin meinen Besuch auf Hohenfried, um diesen einen wichtigen geheimen Gang mir einmal anzusehen. — Es stimmt alles. — Es finden sich darin sehr gute Fußspuren, die wir aber wohl nicht näher zu untersuchen brauchen. Ich habe noch andere nette Sachen in dem Gang gesammelt.“
 Er stellte ein Gläschen auf des Staatsanwaltes Tisch.
 „Das da ist Atropin. Der Inhalt ist zwar hier auf dem Schild angegeben; aber Dr. Roland hat außerdem vorhin den Inhalt untersucht. Hier ist sein Gutachten. Wenn Sie weiterhin das Schild auf dieser Flöcke lesen, so werden Sie finden, das dies Gift für Herrn Dr. med. Gerdahlens“ hergestellt wurde, und zwar in Königsberg, also reichlich weit von hier fort. Hier habe ich ferner einen Rezeptblock, wie ihn Ärzte führen, mit einem interessanten Ausdruck: Dr. med. Egon Gerdahlens — Königsberg. — Da ist auch das Rezept, mit dessen Hilfe das Gift beschafft wurde. Eine telefonische Anfrage hat ergeben, daß Dr. Egon Gerdahlens neben seinen philosophischen Studien auch drei Semester Medizin hörte; ein medizinisches Staatsexamen hat er freilich nicht abgelegt; er hat sich aber im Juli dieses Jahres vierzehn Tage lang in Königsberg aufgehalten und dort als Arzt angemeldet. — Hier ist auch etwas Süßliches — ein Paar rotbraune Herrenhandschuhe; da hat Dr. Roland auch wichtige Feststellungen gemacht. Dies Gutachten habe ich gleichfalls hier. Lesen Sie es! — Da ist noch etwas: Eine Wachsform ganz vorzüglich gearbeitet, zwei Fingerabdrücke im Positiv vorstellend; ein Abdruck von dieser Wachsform stimmt relikwid mit dem an dem Wafferglas gefundenen Fingerabdrücken überein. — Und noch eine letzte Ueberraschung! Da ist eine Wäscheleine, von der ein Stück abgeschnitten ist; dies Stück wurde zur Fortführung des Selbstmordes Otto Müllers benötigt.“
 Dr. Haberland war aufgesprungen. Er griff sich an den Kopf.
 „Das haben Sie heute gefunden?“
 „Ja! — Geben Sie ach!“
 Und Paul Stein entwickelte seine Gedankengänge. — Als er geendet hatte, saß Dr. Haberland gedrohen auf seinem Stuhl. Er schüttelte.
 „Daß Sie mich nicht schon an Ihren anfänglichen Mutmaßungen teilnehmen lassen! Daß Sie bis jetzt schwiegen!“
 (Fortsetzung folgt.)



Aktueller Bilderdienst



Das Konzentrationslager Dachau.

Wir zeigen hier die Aufnahme vom Konzentrationslager auf dem Gelände der ehemaligen Pulver- und Munitionsfabrik in Dachau bei München. In diesem Lager, das ein Fassungsvermögen für 5000 Personen besitzt, werden Personen, die die Sicherheit des Staates gefährden, untergebracht. Unsere Aufnahme oben gibt einen Blick auf einen Teil des Barackenlagers der Gefangenen — unten sieht man das Polizeiunterkunftshaus. Im Vordergrund Strohsäcke und Stühle für die Gefangenen.

Wie das Erdbeben in Kalifornien wüdete.

Unser Bild aus Long Beach in Kalifornien zeigt die durch das Erdbeben eigenartig verlornten Türme einer Kirche.



Der historische Fackelzug in Berlin.

Ordnung und Abchluss zugleich des historischen 21. März war in Berlin der feierliche Fackelzug der nationalen Verbände und der Bevölkerung durch das Brandenburger Tor.



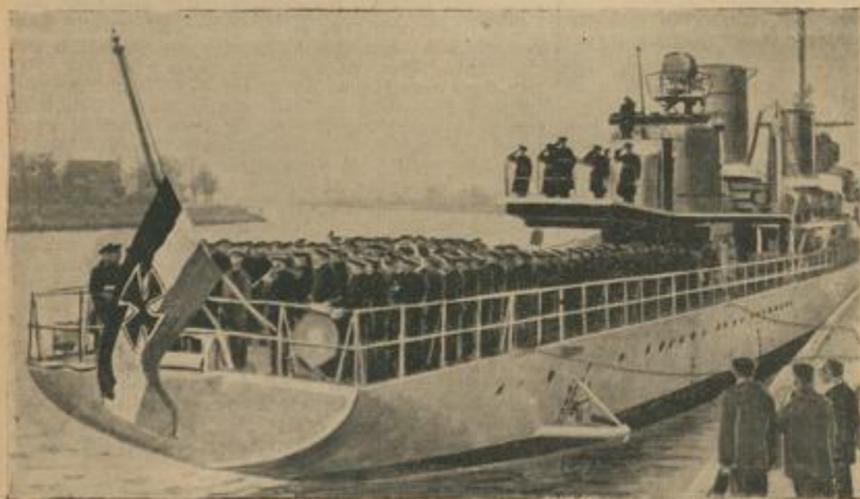
Das Goldene Rednerpult für den Staatsrat.

Unsere Aufnahme zeigt das Goldene Rednerpult, das vor dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler während ihrer Reden in der Garnisonkirche stand.



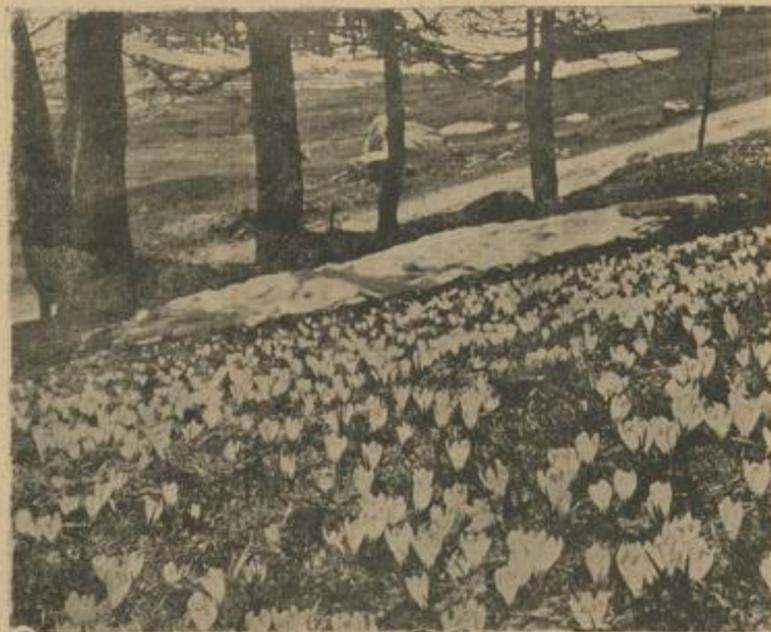
Hornfischer wurde Europameister.

Bei den Europameisterschaften der Ringer in Helsingfors konnte sich der junge Rürnderger Hornfischer den Titel des Europameisters im Schwergewicht holen.



Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot . . .

In feierlicher Flottenparade wurde gemäß dem Flaggenerlass des Reichspräsidenten auf sämtlichen Schiffen der Reichsmarine die neue Reichskriegsflagge Schwarz-Weiß-Rot mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte gesetzt — auf unserem Bilde auf dem Artillerie-Schulkreuzer „Gremse“ im Swinemünder Hafen.



Frühling